



Mehr Frauen in die Politik?

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage vom Herbst 2019

Viola Neu, Christine Henry-Huthmacher

- › Die Mehrheit der Deutschen (78 Prozent) wünscht sich mehr Frauen in verantwortungsvollen Positionen. Vor allem Frauen (83 Prozent) begrüßen dies, während die Zustimmung bei Männern mit 72 Prozent zurückhaltender ausfällt.
- › 92 Prozent der Deutschen befürworten mehr Frauen in verantwortungsvollen Positionen in den Unternehmen der Wirtschaft.
- › 87 Prozent der Deutschen wünschen sich mehr Frauen in Regierungen und 85 Prozent in Parteien.
- › Fast alle Frauen (92 Prozent) sprechen sich für mehr Frauen in Parteien und Regierungen aus.
- › Staatliche Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils stoßen auf ein geteiltes Echo. Knapp die Hälfte der Deutschen (49 Prozent) befürwortet diese. Dahinter stehen Zustimmungsraten von 58 Prozent der Frauen und 40 Prozent der Männer.

Inhaltsverzeichnis

1. Ausgangslage: Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.....	2
2. Mehr Frauen in verantwortungsvollen Positionen.....	3
3. Machen Frauen eine bessere Politik?.....	4
4. Sind staatliche Maßnahmen das geeignete Mittel, damit mehr Frauen in den Bundestag kommen?.....	6
5. Welche Rolle spielt das Geschlecht bei der Übernahme von Verantwortung?.....	7
Impressum	9

1. Ausgangslage: Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik

Frauen stellen mehr als die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung und 46,5 Prozent der Erwerbstätigen. Mehr als die Hälfte der Abiturienten und rund 50 Prozent der Hochschulabsolventen sind weiblich.

Dennoch spiegelt sich dies noch nicht in den Führungspositionen der Wirtschaft, Verwaltung oder Politik wider: So lag der Frauenanteil in den Vorständen der Unternehmen, die an die Quote gebunden sind, Ende 2018 bei 8,5 Prozent. In den 200 umsatzstärksten Unternehmen liegt der Frauenanteil in den Kontrollgremien 2018 bei knapp 27 Prozent¹. In den obersten Bundesbehörden war im Jahr 2018 jede dritte Führungsposition mit einer Frau besetzt².

In den Parlamenten sind sie auf Bundes- und Länderebene bestenfalls zu einem Drittel vertreten. Nicht zuletzt der Rückgang des Frauenanteils im Bundestag bei der Wahl 2017 um 5,6 Prozent auf nur noch 30,9 Prozent, den niedrigsten Wert seit 1998, hat die Debatte um eine größere Repräsentanz der Frauen in Parlamenten neu belebt. Danach unterbietet die Hälfte aller Landesparlamente noch den aktuellen Bundestagswert³.

Mit der Verabschiedung der Paritätsgesetze in Thüringen und Brandenburg ist in den Parlamenten eine lebhafte Diskussion über die Erhöhung des Frauenanteils in den Parteien entstanden.

Wie sieht die Bevölkerung diese Entwicklung und welche Einstellung hat sie zu der Frage einer stärkeren Repräsentation von Frauen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik? Haben Frauen eine andere Einstellung als Männer? Diesen Fragen geht die repräsentative Befragung der Wahlberechtigten in 2.040 Interviews in West- und Ostdeutschland nach, die zwischen dem 18. September und 7. Oktober 2019 durchgeführt wurden.

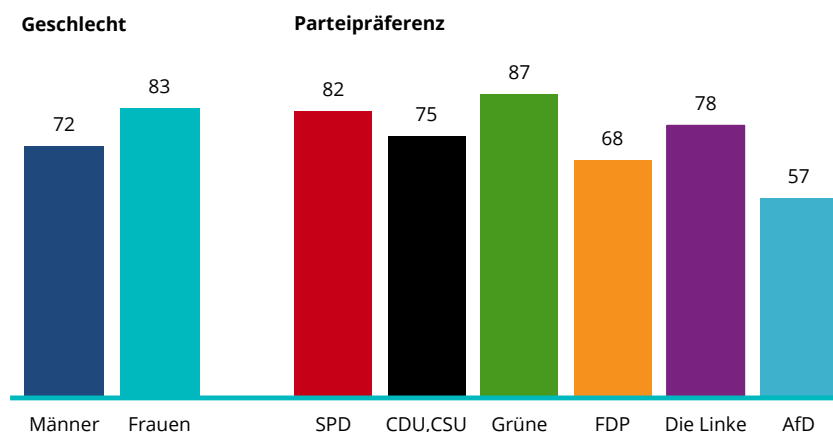
2. Mehr Frauen in verantwortungsvollen Positionen

Insgesamt 78 Prozent der Wahlberechtigten begrüßen eine Übernahme verantwortungsvoller Positionen durch mehr Frauen. Vor allem Frauen wünschen sich mit 83 Prozent eine größere Repräsentanz von Frauen, während die Zustimmung der Männer mit 72 Prozent etwas zurückhaltender ausfällt. Dabei zeigt sich kein Gefälle zwischen den Generationen. Die Altersgruppe der 55- bis 74-Jährigen unterscheidet sich kaum von den 18- bis 34-Jährigen.

Hier, wie bei allen untersuchten Fragen, stehen sich die Meinungen der Grünen-Anhänger und der Anhänger der AfD diametral entgegen. Mit 87 Prozent ist die Zustimmung bei den Grünen-Anhängern am höchsten und mit 57 Prozent bei den Anhängern der AfD am niedrigsten.

Abbildung 1:
Würden Sie es begrüßen, wenn mehr Frauen verantwortungsvolle Positionen in Politik, staatlichen Institutionen und Wirtschaft übernehmen würden?

Darstellung: Angabe „ja“ in Prozent | Basis: Alle Befragten (n=2.040)



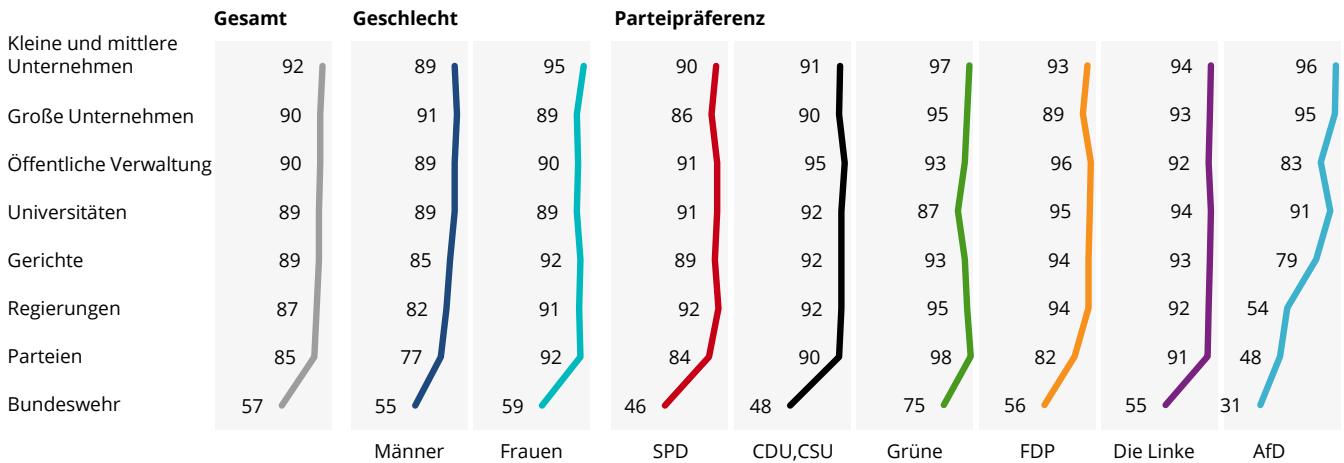
Ob Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung oder Politik – in allen Bereichen, sind sich die Befragten einig, sollen Frauen mehr Verantwortung tragen. Nur bei der Bundeswehr zeigen sich die Deutschen etwas zurückhaltender mit 57 Prozent. Dagegen befürworten 92 Prozent der Deutschen, wenn mehr Frauen Verantwortung in kleinen und mittleren Unternehmen übernehmen würden, 90 Prozent bei großen Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen, 89 Prozent in Universitäten und Gerichten.

Angesichts des rückläufigen Anteils der Frauen in den Parlamenten stellt sich die Frage, wie die Bevölkerung den Frauenanteil in der Politik beurteilt. Auch in der Politik wünschen sich 87 Prozent mehr Frauen in Regierungen und 85 Prozent in Parteien. Während nahezu jede Frau (92 Prozent) mehr Frauen wünscht, liegt der Anteil der Männer bei 77 Prozent.

Abbildung 2:

Wo sollten Frauen mehr verantwortungsvolle Positionen übernehmen?

Darstellung: Angaben in Prozent | Mehrfachnennungen möglich | Basis: Befragte, die es begrüßen würden, wenn mehr Frauen verantwortungsvolle Positionen übernehmen würden (n=1.582)



Von allen Parteianhängern unterscheiden sich lediglich die Anhänger der AfD. Sie wünschen sich bei Gerichten deutlich seltener Frauen (79 Prozent). Nur jeder zweite AfD-Anhänger wünscht sie sich in Regierungen und noch weniger (48 Prozent) in Parteien.

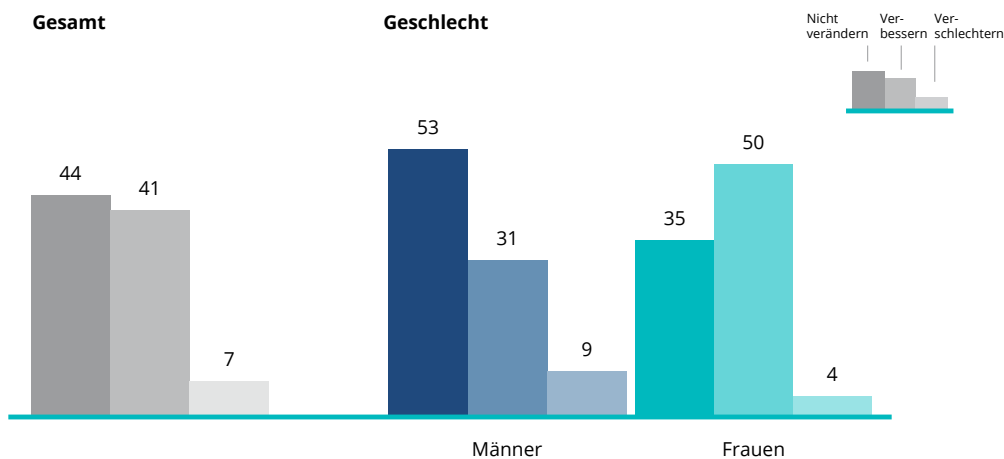
3. Machen Frauen eine bessere Politik?

Trotz der hohen Zustimmungswerte bleiben die Deutschen skeptisch, ob sich die Qualität der Politik ändern würde, wenn mehr Frauen in der Politik wären. Hier zeigt sich keine klare Mehrheit. Vielmehr erwarten 44 Prozent keine Verbesserung und 41 Prozent eine Wendung zum Besseren, die bei Frauen mit 50 Prozent wesentlich ausgeprägter ist als bei Männern mit 31 Prozent.

Abbildung 3:

Wie würde sich die Politik ändern, wenn mehr Frauen in der Politik vertreten wären?

Darstellung: Angaben in Prozent | Zu 100 Prozent fehlend: „sie würde sich nicht verändern“, „weiß nicht“, keine Angabe | Basis: Alle Befragten (n=2.040)



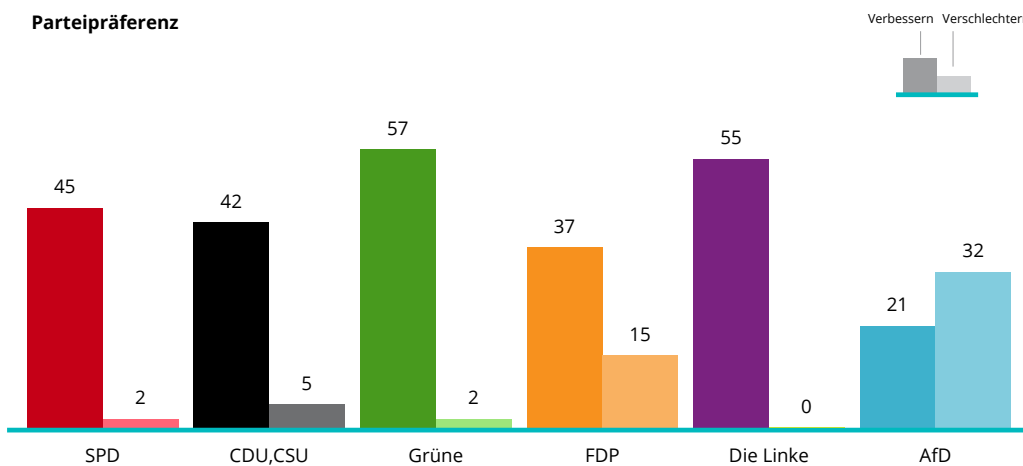
Die größten Befürworter finden sich in der Altersgruppe der 65- bis 74-jährigen Befragten mit 57 Prozent, während die 25- bis 34-jährigen mit 29 Prozent besonders selten eine Verbesserung erwarten.

Wieder zeigen sich besonders starke Unterschiede zwischen den Anhängern der Grünen und der AfD. Mit 57 Prozent ist die Zustimmung der Grünen-Anhänger am höchsten und mit 32 Prozent bei den AfD-Anhängern am schwächsten. Während alle Anhänger mehr oder minder stark Verbesserungen erwarten würden, sieht nur eine absolute Minderheit von 7 Prozent eine Verschlechterung. Dagegen befürchtet dies jeder fünfte (25 Prozent) AfD-Anhänger.

Abbildung 4:

Wie würde sich die Politik ändern, wenn mehr Frauen in der Politik vertreten wären?

Darstellung: Angaben in Prozent | Zu 100 Prozent fehlend: „sie würde sich nicht verändern“, „weiß nicht“, keine Angabe | Basis: Alle Befragten (n=2.040)



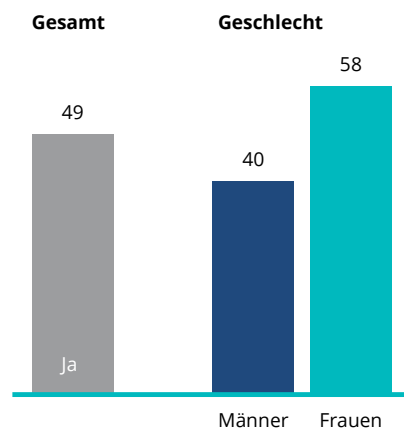
4. Sind staatliche Maßnahmen das geeignete Mittel, damit mehr Frauen in den Bundestag kommen?

Die Unterstützung für eine größere Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten ist zwar groß, dennoch stoßen staatliche Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenquote auf ein geteiltes Echo. Knapp die Hälfte (49 Prozent) der Deutschen stimmen staatlichen Maßnahmen zu, doch ist der Unterschied zwischen Männern und Frauen beträchtlich. So äußern sich 58 Prozent der Frauen, aber nur 40 Prozent der Männer positiv gegenüber staatlichen Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenquote im Bundestag.

Abbildung 5:

Sollte der Staat Maßnahmen ergreifen, damit mehr Frauen in den Bundestag kommen?

Darstellung: Angaben in Prozent | Zu 100 Prozent fehlend: „nein“, „weiß nicht, keine Angabe“ | Basis: Alle Befragten (n=2.040)

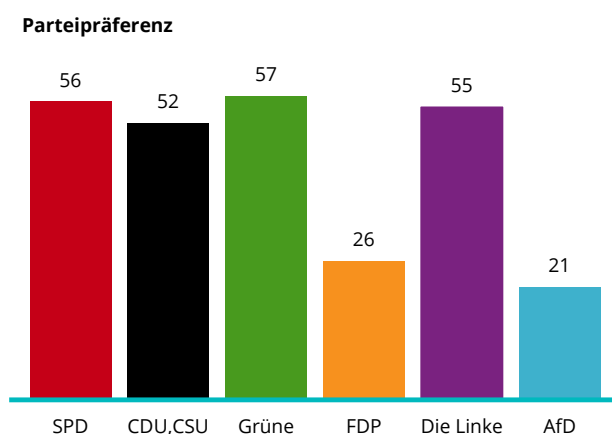


Auch bei der Anhängerschaft der Parteien gibt es eine klare Spaltung. Während Grüne, SPD und Linke mehrheitlich für staatliche Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenquote (alle über 52 Prozent) stimmen, fällt die Zustimmung bei FDP und AfD mit großem Abstand (26 Prozent FDP und 21 Prozent AfD) am geringsten aus.

Abbildung 6:

Sollte der Staat Maßnahmen ergreifen, damit mehr Frauen in den Bundestag kommen?

Darstellung: Angaben in Prozent | Zu 100 Prozent fehlend: „nein“, „weiß nicht, keine Angabe“ | Basis: Alle Befragten (n=2.040)



5. Welche Rolle spielt das Geschlecht bei der Übernahme von Verantwortung?

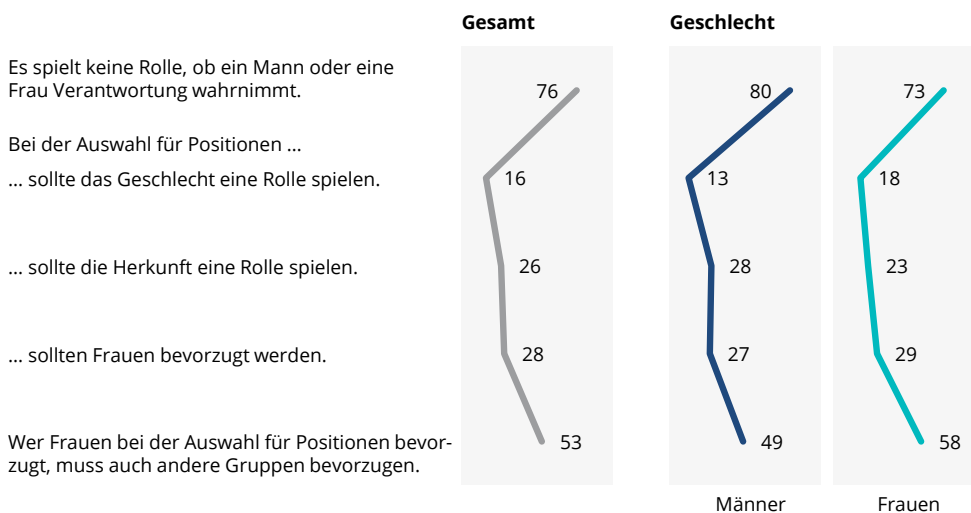
Grundsätzlich sollte nach Ansicht der Mehrheit der Deutschen das Geschlecht keine Rolle spielen bei der Übernahme von Verantwortung. Gerade einmal 16 Prozent sehen dies anders.

76 Prozent stimmen der Aussage zu, dass das Geschlecht keine Rolle spielen sollte, im Konkreten zeigen sich jedoch eher ambivalente Haltungen. Ein Grund der ambivalenten Einstellungen könnte zum einen der Nachholbedarf der Frauen (28 Prozent) sein, zum anderen, dass sie die Folgen einer Bevorzugung von Frauen gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen nicht abwägen können. So stimmen 53 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass wer Frauen bei der Auswahl bevorzugt, auch andere Gruppen bevorzugen muss.

Abbildung 7:

Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?

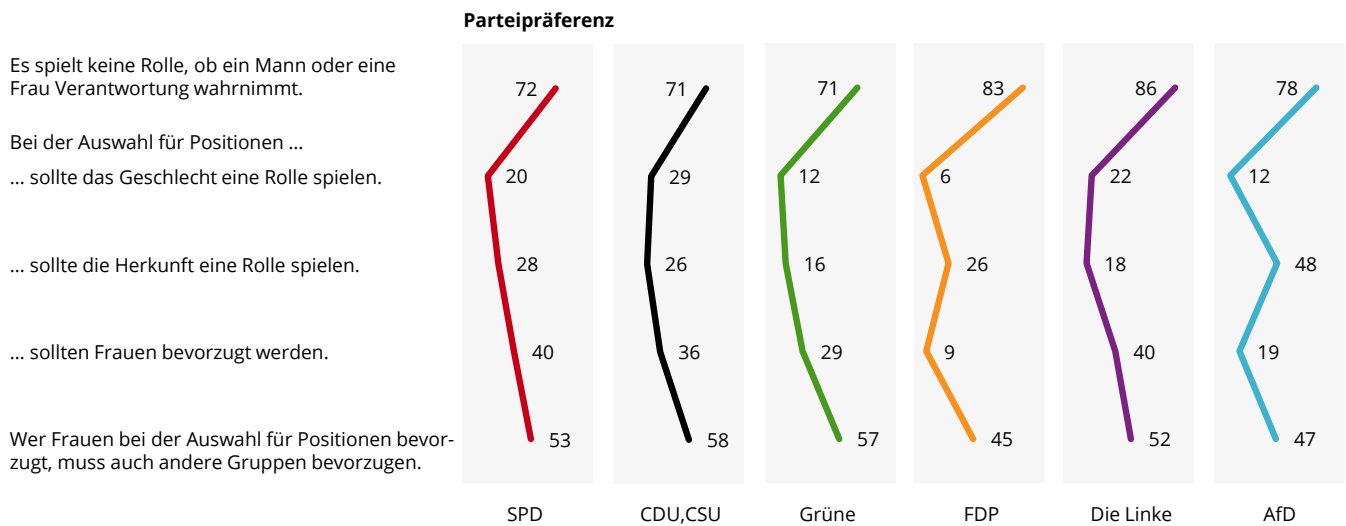
Darstellung: Summe der Nennungsanteile „stimme voll und ganz“ bzw. „eher zu“ in Prozent | Basis: Alle Befragten (n=2.040).



Trotz ambivalenter Haltungen liegen die Parteianhänger von SPD, Linken und Union in ihren Ansichten relativ nahe beieinander, während FDP- und AfD-Anhänger die Berücksichtigung des Geschlechts und eine Bevorzugung der Frauen am stärksten ablehnen.

Abbildung 8:
Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?

Darstellung: Summe der Nennungsanteile „stimme voll und ganz“ bzw. „eher zu“ in Prozent |
 Basis: Alle Befragten (n=2.040).



1 DIW-Managerinnen-Barometer 2019.

2 Destatis, Gleichstellungsindex 2018.

3 Helmut Stoltenberg. Parteien sollen die Hälfte der Mandate für Frauen reservieren. https://www.das-parlament.de/2019/29_30/themenausgaben/651190-651190 [letzter Abruf: 11.11.2019].

Impressum

Die Autorinnen

Dr. Viola Neu ist stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung Politik und Beratung und Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung in der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Christine Henry-Huthmacher, Koordinatorin Familien- und Frauenpolitik,
Konrad-Adenauer Stiftung e. V.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Thomas Köhler

Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3550
thomas.koehler@kas.de

Christine Henry-Huthmacher

Koordinatorin Familien- und Frauenpolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
T: +49 2241 / 246-2293
christine.henry-huthmacher@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2019, Berlin

Gestaltung: yellow too Pasiak Horntrich GbR

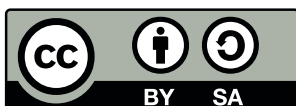
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Die Printausgabe wurde bei copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-618-2



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Bildvermerk Titelseite

© yellow too Pasiak Horntrich GbR